

10. III

Verbands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/151 - 10. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84831 - 33
Fernschreiber 0886690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeile</u>
1 - 2	Die abgespielte Platte Wie sich die CDU die Politik vorstellt!	65
3 - 4	Raab am Ende Die politische Situation in Österreich Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	73
5 - 6	Das Wirken der Frau in der Politik Von Hety Schmitt-Maass	107
7	Franco-Spanien und die Westmächte Der Westen unterstützt Francos Diktatur Von Hellmut Kalbitzer, MdB	34
8	<u>Unser politisches Porträt:</u> Dr. Heinrich Deist - Experte für Wirtschaftspolitik	38

Die abgespielte Platte

sp - Die Beschlüsse der Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei vom 7. Juli haben ein nachhaltiges Echo in der in- und ausländischen Presse gefunden. Wie zumeist, wenn es sich um die SPD handelt, kann man die verschiedensten, ja einander sogar widersprechenden Argumente lesen. Es gibt nicht wenige Stimmen, die die Entscheidungen als vorausschauende Planung und als eine Konzentration der Kräfte der Sozialdemokratie in sachlicher Weise zu würdigen wissen. Daneben finden sich die im modernen Journalismus unausweichlichen Spekulationen, die auf Grund von Informationen aus "ganz zuverlässigen Quellen" mal diesen Politiker der Opposition oder mal jenen zum "Sieger" erklären.

Ganz offensichtlich ist jedoch der CDU-Presse ein regelrechter Schock in die Glieder gefahren. Daß es die SPD wagen kann, sich schon jetzt Gedanken über den Wahlkampf 1961 zu machen, will ihr absolut nicht gefallen. Und da es sie schwer ankommt, sich etwas Neues einfallen zu lassen, so legen sie zum hundertsten Male die alte abgespielte Platte auf. Am heftigsten ereifert sich jenes Propagandatraktätchen, das sich "Pressedienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen-Union Deutschlands" nennt.

Da der DUD gewöhnt ist, den Parolen seines greisen Führers zu folgen, so muß er die Beschlüsse der SPD vom 7. Juli natürlich so interpretieren, daß dabei die "Nachbarschaft zum Kommunismus" heraus-schaut. Die Schlußfolgerungen, die der DUD zieht, lauten dementsprechend auch: "So schlägt das Pendel gegenwärtig sichtbar nach der Seite der Radikalisierung aus, nicht nach der Seite der Mäßigung". Zur Stütze dieser These, wie könnte es auch anders sein, wird der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner ins Treffen geführt, der angeblich alle Fäden in der Hand hält. Nun, von sich auf andere zu schließen, ist eine durchaus menschliche Verhaltensweise. In der CDU gibt es eben nur einen Mann, der zu entschei-

den hat und das ist Konrad Adenauer. Infolgedessen muß es bei anderen Parteien ja wohl auch so sein. Wie sehr manche CDU-Hirne von demokratischen Gepflogenheiten entfernt sind, geht daraus hervor, daß der DUD meint, jener siebenköpfige Ausschuß, den die SPD zur Ausarbeitung einer strategischen Linie eingesetzt habe, sei ja vollkommen ohnmächtig, denn er müsse seine Vorschläge "jeweils den Parteikörperschaften zum Beschluß vorlegen". Bei der SPD ist das eine Selbstverständlichkeit. Bei der CDU allerdings nicht. Der Siebener-Ausschuß wurde mit einem klaren Aufgabenbereich bestellt. Er soll alle politischen Probleme erörtern, die für den Wahlkampf von 1961 von Bedeutung sein werden. Er wird Vorschläge erarbeiten für die strategische Führung dieses Wahlkampfes ebenso wie für eine Mannschaft, die die SPD als Kandidaten für Regierungsämter herausstellen kann. Die SPD hat ihre besten und erfahrensten und mit den anstehenden Problemen wohl vertrauten Männer in diesen Ausschuß entsandt.

Während der DUD seine alte Platte abspielt, scheint ihm völlig entgangen zu sein, daß in seiner eigenen Partei im Augenblick Bestrebungen im Gange sind, die organisatorischen Verhältnisse zu ordnen. Es sind also offenbar nicht alle führenden CDU-Leute mehr mit der Einmannherrschaft Konrad Adenauers einverstanden. Man möchte endlich eine funktionierende Parteispitze bilden, die auch etwas zu sagen hat. Wenn also in der CDU erste Gehversuche mit demokratischer Parteiführung gemacht werden, so steht es ihr schlecht an, mit einer Partei zu polemisieren, in der diese Prinzipien seit vielen Jahrzehnten unverrückbar Gültigkeit haben.

Einem Satz aus dem CDU-Traktätchen können wir allerdings zustimmen. Er lautet: "Wer sich mit der Geschichte der deutschen Parteien befaßt, wird gut daran tun, sich den 7. Juli 1959 vorzumerken".

Die rechtzeitige Planung des Wahlkampfes von 1961 und die Entscheidung Erich Ollenhauers, seine Kraft ausschließlich der Führung der Partei zu widmen, wird zur Stärkung der Position der SPD in der nächsten Zukunft beitragen. Daß das der CDU Kopfschmerzen bereitet, können wir allerdings verstehen.

Raab am Ende

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der bisherige österreichische Bundeskanzler und ÖVP-Parteiobermann Ingenieur Julius Raab ist mit seinem politischen Latein am Ende. Nach fast zweimonatigen, von ihm geführten Koalitionsverhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung ist keinerlei Einigung zustande gekommen. Raab hat seine Partei ersucht, ihn gehen zu lassen, und die ÖVP-Bundesparteileitung liess ihn gehen... Damit findet die politische Wirksamkeit einer der markantesten Persönlichkeiten des konservativen Lagers ein wenig eindrucksvolles Ende. Seit 1953 hat Raab durch zwei Legislaturperioden die Koalitionsregierung geführt, die ein gutes Beispiel demokratischer Zusammenarbeit gegeben hat und dem österreichischen Volk den Staatsvertrag vom Jahre 1955 und damit die Freiheit und Unabhängigkeit bringen konnte.

Raabs politischer Abstieg begann mit der Aufstellung des Wiener Chirurgen und Krebsforschers Dr. Wolfgang Denk als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl vom 5. Mai 1957 - offenkundig in der Absicht, vom Bundeskanzleramt aus auch die Kanzlei des Bundespräsidenten zu leiten. Es war dies aber sozusagen ein Denk-Fehler, denn vom Volke gewählt wurde der sozialistische Kandidat und damalige Vorsitzende der SPÖ, Vizekanzler Dr. Adolf Schärf. Mit seinem früheren Vizekanzler als Staatsoberhaupt und mit dem angriffslustigen, schlagfertigen SPÖ-Vorsitzenden Dr. Bruno Pittermann als Vizekanzler, wurde Raab seines Lebens und Wirkens nicht mehr froh. Hinzu kam ein immer mehr zunehmender Widerstand in seiner eigenen Partei, in der jüngere Kräfte nach vorne drängen, und überdies die nach einem Schlaganfall allzu angegriffene Gesundheit. Zu all seinem Unglück brachten auch noch die von der ÖVP vorzeitig vom Zaun gebrochenen Nationalratswahlen vom 10. Mai den Sozialisten einen gewaltigen Erfolg, der ÖVP jedoch eine eindeutige Niederlage.

Diese Niederlage wollte die ÖVP bisher noch nicht zur Kenntnis nehmen. Bei den nunmehr gescheiterten Verhandlungen wollte sie keine ihrer Positionen preisgeben. Als Raab den Sozialisten das sensationelle Angebot machte, ihnen das Finanzministerium zu überlassen, wurde er von seiner eigenen Partei gewissermassen als unmündig erklärt und unter Kuratel gestellt. Daraufhin verlor der Achtundsechzigjährige

selbst jegliche Lust am Verhandeln über künftiges Regieren und torpedierte nun seinerseits alle Annäherungserfolge der Unterhändler der beiden Parteien. Raab ist übrigens auch physisch am Ende. Verhandlungen, die länger als eine Stunde dauern, kann er kaum noch folgen. Auch lässt ihn sein Gedächtnis ständig im Stich, was dazu führt, dass er etwa in einer halben Stunde viermal seine Angebote und Ansichten zum gleichen Gegenstand ändert.

Immerhin schien noch in den letzten Tagen eine Einigung möglich. Die Zeitungen brachten bereits optimistische Prognosen. Die ÖVP-Unterhändler waren bereit, den Sozialisten das Aussenministerium zu übertragen, wobei es von einer dem Bundeskanzleramt unterstellten Sektion zu einem vollwertigen Ministerium umgewandelt werden sollte. Des weiteren bahnte sich eine Einigung in der am meisten unstrittenen Frage an, nämlich in der Frage der künftigen Führung der staatlichen Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft (IBV), der die verstaatlichten Betriebe unterstehen. Die Sozialisten verlangten in dieser Gesellschaft eine völlige Parität und den Führungsanspruch entweder in der Form, dass die verstaatlichten Betriebe wieder einem sozialistischen Minister unterstellt werden oder aber - das war die letzte Version -, dass der Vizekanzler das bisher vom Bundeskanzler ausgeübte Recht der letzten Entscheidung, das sogenannte Dirimierungsrecht, erhalten soll. Die Verhandlungen hierüber dauerten am 2. Juli bis in die späten Abendstunden und wurden am nächsten Tag fortgesetzt - beide Male in Abwesenheit des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers. Am 6. Juli sollte das Ergebnis dem designierten Bundeskanzler vorgelegt werden. Er kam, sah und resignierte. Am darauffolgenden Tag trat er zurück. Die Verhandlungen waren damit endgültig gescheitert und können nur noch unter völlig neuen Voraussetzungen wieder aufgenommen werden.

Was kann nun weiter geschehen? Bundespräsident Dr. Schörf kann einen anderen ÖVP-Politiker mit der Regierungsbildung betrauen oder aber auch den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Dr. Pittermann. Pittermann könnte möglicherweise eine neue Koalitionsregierung bilden, ohne selbst das Bundeskanzleramt für sich oder seine Partei in Anspruch zu nehmen. Nicht vorgesehen ist eine Minderheitsregierung der SPÖ, denn sie hätte kaum Bestand, nicht in Frage kommt eine Koalition einer der beiden grossen Parteien mit der oppositionellen Freiheitlichen Partei und nicht gedacht ist - um nicht der Demokratie Schaden zuzufügen - an eine Beamtensregierung oder an Neuwahlen, zumal Neuwahlen keine Änderung bewirken würden.

Das Wirken der Frau in der Politik

Von Hety Schmitt-Maass

Vom 11. bis 12. Juli findet in Hamburg die 3. Konferenz des Internationalen Rates Sozialdemokratischer Frauen statt. Sie geht dem Kongreß der Sozialistischen Internationale voraus. Auf der Tagesordnung der Frauenkonferenz stehen zwei aktuelle Themen:

1. "Die Bedeutung des demokratischen Sozialismus für die Frau von heute" - Referentin ist Marianne Pollack, Wien, (Redakteurin des erfolgreichsten österreichischen sozialdemokratischen Wochenblattes "Die Frau").
2. "Der Beitrag der Frau zum Fortschritt in den Entwicklungsländern" - Referentin ist Yehudit Simhonit aus Israel; sie spricht aus eigener Erfahrung, denn Israel ist ein Entwicklungsland, dessen Bewohner teilweise aus unentwickelten Gebieten Afrikas und Asiens kommen; natürlich ist auch diese Rednerin in der Frauenarbeit von Partei und Gewerkschaft ihres Landes führend tätig.

Fast 70 Delegierte aus 23 verschiedenen Ländern werden erwartet. Unter ihnen befinden sich viele Parlamentsmitglieder und die leitenden Funktionärinnen der sozialistischen Frauenbewegung. Zum ersten Mal ist eine starke Delegation aus Asien anwesend: je zwei Delegierte, die aus Burma, Ceylon, Indonesien und Japan kommen. Die zehnköpfige deutsche Delegation wird geführt von Marta Schanzenbach, MdB, Mitglied des Präsidiums der SPD. Nina Andersen, die Vorsitzende des Internationalen Rates Sozialdemokratischer Frauen, will nach vierjähriger Amtsdauer ihren Vorsitz niederlegen. Sie ist Mitglied des Parlaments und Parteisekretär in Dänemark.

Mary Saran, die Sekretärin des Rates, hat allen Konferenzteilnehmerinnen einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der letzten beiden Jahre zugeleitet. Hier zeigt sie vor allem die erfreuliche Entwicklung der sozialistischen Frauenarbeit in vielen Ländern auf. Der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen vertritt rund 1.750 weibliche Mitglieder und die Frauenorganisationen der Parteien der Sozialistischen Internationale. In elf der angeschlossenen Länder erscheinen eigene Frauenzeitschriften der Parteien - in Deutschland die "Gleichheit".

Besonders interessant ist eine Aufstellung über Frauen in den Parlamenten und Regierungen:

Weibliche Minister gibt es in Dänemark, Finnland, Großbritannien, Israel, den Niederlanden, Neuseeland, Norwegen und Schweden. Die bemerkenswertesten darunter sind ein sozialistischer weiblicher Kirchenminister in Dänemark und ein weiblicher Außenminister in Israel. Die meisten der anderen Frauen leiten Ministerien für Schulwesen, Sozialwesen und Wohlfahrt, Familien- und Verbraucherfragen.

Sozialistische weibliche Abgeordnete sind vertreten in:

Schweden	2 (18,0%)	Österreich	7 (0,9%)
Norwegen	11 (14,1%)	Dänemark	6 (8,6%)
Israel	6 (13,3%)	Neuseeland	3 (7,3%)
Finnland	5 (13,2%)	Belgien	5 (6,0%)
Deutschland	22 (12,2%)	England	16 (5,7%)
Holland	5 (10,4%)	Japan	8 (4,8%)
		Italien	2 (2,4%)

In allen Ländern nahmen die weiblichen Abgeordneten voll und ganz an der Arbeit der Parlamentsausschüsse teil; oft ist ihre Beteiligung hier sogar verhältnismäßig stärker als die der Männer. Sie beschäftigen sich mit fast allen politischen Fragen, die zur Entscheidung stehen; aber vor allem sind sie nach wie vor in jenen Ausschüssen engagiert, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge, der Gesundheitspolitik und des Unterrichtswesens befassen.

In mehreren Ländern hatten Frauen entscheidende Möglichkeiten, auf diesen Gebieten wichtige Reformen zu fördern; die sozialistischen Frauenorganisationen aller Länder haben Reformgesetze propagiert und an deren Einführung mitgewirkt. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Boden für solche Aktionen ihrer Vertreter in Parlamenten oder Regierungen vorzubereiten. Die verfügbaren Informationen aus den verschiedenen Ländern beweisen die Behauptung - so berichtet Mary Saran -, daß die jahrelangen Bemühungen der Sozialistinnen in Parlamenten und Parteien ein wichtiger Faktor beim Zustandekommen fortschrittlicher Gesetze gewesen sind.

Die lange Liste der Gesetze kann hier nicht aufgezählt werden, die von den einzelnen Ländern als Beispiele angeführt wurden. Jedoch verdient sicherlich ein Satz hervorgehoben zu werden, der von Seiten der weiblichen Bundestagsabgeordneten der deutschen SPD geprägt wurde: "In keinem Fall hat es bei uns eine Situation gegeben - wie bei anderen Parteien zuweilen -, daß die weiblichen Abgeordneten unserer Fraktion sich in Opposition zu ihren männlichen Kollegen befanden. Das gegenseitige Verständnis ist durchweg gut, und die Partei hat den Standpunkt der Frauen oft gegen andere Parteien verteidigt."

Mary Saran berichtet ferner, das Thema Verbraucherschutz habe in allen Ländern und in zunehmendem Maße eine wichtige Rolle gespielt. Es gab kaum eine Landeskonferenz sozialistischer Frauen, bei der es nicht mit an erster Stelle auf der Tagesordnung stand; in einigen Ländern sind besondere Konferenzen hierzu abgehalten worden, und die Probleme der Preisbewegung und Preiskontrolle, Gesetze über Nahrungsmittel und Gesundheitsschutz kamen zur Sprache. Broschüren über Ernährungsfragen erschienen; Verbraucherausschüsse und Verbraucherberatungsstellen entstanden und leisteten wirksame Arbeit. Vielfach bestehen Arbeitsgemeinschaften mit anderen Frauenorganisationen, um diese Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Weiter wird berichtet, daß regelmäßig internationale Studienwochen in verschiedenen Ländern stattfinden - z.B. in Deutschland vom 3. bis 9. August 1958 mit 42 Teilnehmerinnen aus 16 Ländern. Studienreisen in europäischen und außereuropäischen Ländern haben zu Austauschprojekten und zu gegenseitigen Anregungen auch auf der politischen Ebene geführt. Die Stärkung der Verbindungen des Rates zu Asien wird als die wichtigste Entwicklung in den letzten beiden Jahren bezeichnet. Die Bemühungen Kontakte in Entwicklungsländern herzustellen und zu fördern, standen stark im Vordergrund. Hier sind vor allem die skandinavischen Staaten mit einem guten Beispiel vorangegangen: Die vier nordischen Länder sammelten gemeinsam £ 6.500 (englische Pfund), um eine achtköpfige sozialistische Frauendelegation aus Asien auf drei Monate einzuladen. Sie stellten ein vielseitiges Programm für ihre Besucher auf, die je drei Wochen in Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen verbrachten und als Abschluß ihrer Studienfahrt nun die Hamburger Konferenz besuchen werden.

Unter den Beziehungen, die der Rat mit anderen Organisationen gepflegt hat, wird an erster Stelle die Verbindung zu den Vereinten Nationen genannt. Die Zusammenarbeit mit der Frauenkommission der UNO bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege, den Internationalen Rat Sozialdemokratischer Frauen zu einem wirksamen Vertreter der Interessen und Bestrebungen aller Sozialistinnen der Welt zu machen.

Franco-Spanien und die Westmächte

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

General Franco ist vor 20 Jahren in Spanien zur Macht gekommen, im Kampf gegen die bürgerliche Demokratie - und nicht gegen den Kommunismus, wie er uns heute weismachen möchte. Das Ergebnis ist trostlos: Elende wirtschaftliche Verhältnisse für die Volksmassen, Korruption, offener Terror der Polizei, politische und geistliche Zensur überall.

Erst jetzt wird eine Agrarreform geplant mit dem grotesken Vorschlag: Großgrundbesitzer müßten unbewirtschaftetes Land innerhalb der nächsten 10 Jahre bewirtschaften, sonst würden sie zum Verkauf gezwungen.

Franco, durch Hitlers und Mussolinis Truppen zur Macht gekommen, die dort 1936-38 Fronterfahrung zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges sammelten, ist nicht nur ein faschistischer Diktator - er ist auch noch ein schlechter Diktator, der ohne westliche Wirtschaftshilfe jetzt vor dem völligen Ruin stünde und vom drohenden Aufstand der Spanier hinweggefegt würde.

Die USA subventionierten Franco bisher mit 1 Milliarde Dollar allein für nichtmilitärische Zwecke. Aber diese Summe hat nicht ausgereicht. Jetzt soll Spanien vom Europäischen Wirtschaftsrat (OECE) und von den Amerikanern nochmals je 100 Millionen Dollar erhalten und in die OECE aufgenommen werden.

Die Bundesregierung, die schon jahrelang den französischen Algerienkrieg subventioniert, will von der OECE-Hilfe für Spanien bis zu 50 Millionen Dollar übernehmen - und außerdem noch eine direkte Finanzhilfe an Franco leisten. Diese Finanzspritzen werden das Leben der Franco-Diktatur verlängern und die Selbstbefreiung des spanischen Volkes hinauszögern.

Um den Hohn noch zu vermehren, soll Spanien auch in die NATO aufgenommen werden, deren Ziel laut Vertragstext die "Stärkung der demokratischen Institutionen" ist.

Die Freundschaft Adenauers zur Algerien-Krieg führenden de Gaulle-Regierung und jetzt auch zur offenen Diktatur Francos, wird auch in Westdeutschland anti-demokratischen Kräften und Generalen, die gern Politik machen möchten, Auftrieb geben.

Unser politisches Porträt:

Dr. Heinrich Deist - Experte für Wirtschaftspolitik

Seit Jahren ist der Name Heinrich Deist aus der deutschen Wirtschaftspolitik nicht mehr wegzudenken. In vielen Auseinandersetzungen im Bundestag rang er als Wirtschaftsexperte der Sozialdemokratischen Partei um demokratische Gestaltung deutscher Wirtschaftspolitik, indem er Kartellgesetzgebung und parlamentarische Kontrolle des Grosskapitals forderte, um Machtkonzentrationen in den Händen weniger zu verhindern. Er hatte klar erkannt, dass Eigentum, wenn es solche Ausmasse annimmt, wie es sich im modernen Industriekapital darstellt, in Macht umschlägt, die nicht ohne Kontrolle durch das Parlament bleiben darf.

Das Profil dieses Mannes ist, wie das vieler Politiker unserer Zeit, von der Benachteiligung durch die Diktatur Hitlers geprägt, der alle verfolgen liess, die sich für die wahren Interessen des deutschen Volkes einsetzten. So musste auch am 30. Januar 1933 der Regierungsrat Heinrich Deist aus seinem Amte im preussischen Innenministerium gehen, weil er ein aufrechter Sozialist war. Seit seinem 18. Lebensjahr gehörte er bereits dem Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten an und beteiligte sich in den Sozialistischen Monatsheften an den Diskussionen über Fragen des Sozialismus, stammte er doch aus einer sozialistischen Familie. Sein Vater hatte sich vom Buchdruckergehilfen zum Ministerpräsidenten der SPD in Anhalt emporgearbeitet.

Aber Heinrich Deist blieb auch in der Nazizeit der aufrechte Sozialdemokrat, der er immer gewesen war. Er suchte sich einen neuen Beruf und betätigte sich als Wirtschaftsberater und Wirtschaftsprüfer. In einem zweiten wirtschaftswissenschaftlichen Studium erweiterte der damals 40-jährige Mann den Umfang seines Wissens. Zu seinem Jurastudium, das ihn für die Verwaltungslaufbahn befähigt hatte, kam als verwandtes Gebiet die Volkswirtschaft hinzu, so dass er nach dem Kriege an leitender Stelle für die Neuordnung und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft eingesetzt werden konnte. Hier leistete er für das deutsche Volk Erhebliches.

Seit 1953 ist der ruhige, unbestechliche Mann, der über die Fachkreise hinaus in der Bundesrepublik die Sympathie vieler Menschen genießt, Wirtschaftsexperte der Sozialdemokratischen Partei. Sein Name ist die Gewähr dafür, dass die SPD eine wahrhaft demokratische Ausgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik durchführen kann und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen imstande ist, dass Deutschland in einem sozialer und demokratischen Staat wiedervereinigt werden kann.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel